

## KIEZNACHRICHTEN

DAS BLATT DER SOZIALDEMOKRATIE • SEIT 1993

## STADTENTWICKLUNG

Hamburg will Bürgerbeteiligung,  
vor allem bei den Kosten

Bürger sollen beim Bau von Straßen mehr beteiligt werden. Beim Geld hört der Spaß dann aber auf.

Der CDU-geführte Hamburger Senat plant die Einführung Berliner Regelungen zur Bürgerbeteiligung beim Bau von Straßen und Gehwegen. In der Hamburger Bürgerschaft fand dazu am 04. November 2008 eine Anhörung zum dortigen Wegegesetz (HWegG) statt, bei der Ralf Hillenberg als Mitverfasser des Berliner Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG) referierte.

## Bürger zahlen 90 Prozent

Ähnlich dem Berliner Modell, sollen Bürger bei Straßenbauplanungen beteiligt und früh in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Angaben der Hamburger SPD zufolge, müssten die Anwohner bis zu 90% der Kosten für den Straßenausbau tragen. In einem Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss, fordern die Sozialdemokraten weniger

Kosten und dafür mehr Rechte für die Anlieger. So sollen sie Einsicht in die Planungsunterlagen erhalten und Einwände äußern können.

Während in Berlin das Erschließungsrecht, mit dem wesentlich höhere Umlagekosten für die Bürger verbunden sind, durch das Straßenausbaubeitragsgesetz faktisch abgeschafft wurde, hält die Hansestadt an diesen Regelungen fest. So wolle Hamburg auf die üppigen Mehreinnahmen nicht verzichten, lautete es aus dem Senat.

## „CDU unglaublich“

Hillenberg hält der Hauptstadt-CDU den Spiegel vor: „Wenn die hiesige CDU in Berlin von Abzocke spricht, sollte sie sich mal bei ihren bundesdeutschen Kollegen sachkundig machen, was dort läuft“.

## Robert-Havemann-OS wird graffitifrei

Die SPD Abteilung Karow-Buch unterstützt erneut die Robert-Havemann-Oberschule in Karow bei der Beseitigung von unliebsamen Graffiti. In Eigenarbeit werden Schüler und Schülerinnen Reinigungs-

arbeiten an den Sanitäreinrichtungen durchführen. Fliesenbereiche werden durch eine Fachfirma gereinigt. Die Kosten werden von die gesammelten Spenden für die Aktion „Pankow ohne tags“ gedeckt.

## EUROPA

## Gemeinsam

## 6. Seminar der regionalen EU-Ombudsleute in Berlin zum Thema

## „Zum Schutz der Schwächsten in der Gesellschaft“ voller Erfolg

Unter der Leitung des Europäischen Ombudsmannes Herrn P. Nikoforos Diamandouros und Ralf Hillenberg, fand vom 02. bis 04. November 2008 das Sechste Seminar der regionalen EU-Ombudsleute und Petitionsausschüsse in Berlin statt.

## „Bürger-Klagemauer“

Im Mittelpunkt der dreitägigen Seminarreihe stand der Ideen- und Erfahrungsaustausch der EU-Bürgerbeauftragten. Dabei wurde besonders auf die soziale Funktion von Ombudsleuten und Petitionsausschüssen aufmerksam gemacht. Königsdisziplin sei es, durch bürgerfreundliches Agieren für Akzeptanz bei den Bürgern zu sorgen und als Klagemauer für die Bürger zu fungieren, meint Prof. Hirsch (Versicherungs-Ombudsmann). Hillenberg kündigte Plattform für Online-Petitionen an.

Berlin, Nov. 2008 / A 04/08

www.spd-karow-buch.de

Auflage 10.000 Stück / 13125

## TITEL



„Fördern, aber auch fordern“. Auf dem vergangenen Landesparteitag der Berliner SPD votierte eine große Mehrheit für diesen Anspruch.

## "Integration ist keine Einbahnstraße"

## Buschkowsky in Pankow

## Welche Ideen Neuköllns Bürgermeister für Pankow hat

„Wir müssen eine offene Diskussion ohne ideologische Scheuklappen, aber mit neuen Ideen und mutigen Lösungskonzepten führen“, fordert Ralf Hillenberg, Pankower SPD-Abgeordneter mit Ralf Hillenberg laden zu einer Podiumsdiskussion ein, um u. a. mit Heinz Buschkowsky und Kirsten Heisig (Jugendrichterin) darüber zu diskutieren. Die Frage, die sich stellt, ist, warum und in wie fern unser Bezirk für die verfehlte Integrationspolitik der letzten 40 Jahre bezahlen ordneten Torsten Hilse und muss.

## THEMEN

## TOP THEMEN

**Integration:** Buschkowsky zu Besuch in Pankow/ Hillenberg: Neue Lösungsansätze.

**Betriebskosten:** Wie Bürger in die Offensive gehen/ Kolumne.

## AUSSERHALB

**Bürgerbeteiligung:** Warum Hamburg Berliner Regelungen übernehmen will.

## EUROPA

**Gemeinsam:** EU-Bürgerbeauftragte tauschen sich über ihre Ideen aus.

## SERVICE

**Straßenbeleuchtung:** An wen Sie sich wenden können.

## BÜRGERBÜRO



Ralf Hillenberg (V.i.S.d.P.)  
SPD-Bürgerbüro  
Spinolastraße 28b, 13125  
Telefon: (030) 27 89 42-0  
Telefax: (030) 27 89 42-11  
Mail: r.hillenberg@ipbb.de  
Online: www.ralf-hillenberg.de  
**Sprechen Sie uns an!**

T O P T H E M A

# Bürger wehren sich gegen zu hohe Betriebskosten

**Neu gegründete Interessengemeinschaft will Klarheit bei Betriebskostenabrechnung/ Horrorszenario: „Mieten könnten auf 12 Euro/m<sup>2</sup> steigen“**

Karow - Steigende Öl- und Gaspreise zeichnen sich nicht nur an den Anzeigetafeln der Tankstellen ab. Während der Barrel Öl (159l) zwischenzeitlich die Marke von 150 Dollar überschritt und sich erst kürzlich wieder erholen konnte, sind zunehmend auch Mieter von dem rasanten Kostenanstieg betroffen. In den bundesdeutschen Haushalten macht sich das an den Betriebskostenabrechnungen deutlich.

## Bürger wehren sich

Wird Berlin als Wohnstadt dank vergleichsweise geringer Mietkosten immer attraktiver, schockieren die zuletzt gestiegenen Betriebskosten zunehmend. Angaben des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) zufolge, verteuerten sich vor allem Gas und Heizöl seit 2003 um 45 und 115 Prozent. Dabei scheint das Ende der Fahnenstange lange nicht erreicht.

Kaum verwundern dürfte daher, dass der Ruf nach staatlicher Reglementierung immer lauter und vermehrt Kritik an

der intransparenten Preiskalkulation geübt wird. Nun gehen die Betroffenen selbst in die Offensive. Am 18. Oktober trafen sich Mieter des Stadtteils Karow erstmals zu einer öffentlichen Mieterversammlung, um gemeinsam über ein mögliches Vorgehen zu beraten und sich als Mieterinteressengemeinschaft zu etablieren. In Anwesenheit des tv.b diskutierten rund einhundert interessierte Einwohner über ihre zu hohen Betriebskosten.

## Hillenberg hilft Mietern

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Ralf Hillenberg (SPD) kündigte an, den auf der Versammlung neu gewählten Sprecherrat zu unterstützen: „Ich habe den Sprecherrat in mein Büro eingeladen, um die weiteren Schritte gemeinsam zu beraten.“ Als erstes, so der Abgeordnete, habe er eine Anfrage an den Senat gestellt, welche Auswirkungen der geplante Verkauf von geför-

der intransparenten Preiskalkulation geübt wird. Nun gehen die Betroffenen selbst in die Offensive. Am 18. Oktober trafen sich Mieter des Stadtteils Karow erstmals zu einer öffentlichen Mieterversammlung, um gemeinsam über ein mögliches Vorgehen zu beraten und sich als Mieterinteressengemeinschaft zu etablieren. In Anwesenheit des tv.b diskutierten rund einhundert interessierte Einwohner über ihre zu hohen Betriebskosten.

## Horrorszenario:

### Steigende Betriebskosten

der intransparenten Preiskalkulation geübt wird. Nun gehen die Betroffenen selbst in die Offensive. Am 18. Oktober trafen sich Mieter des Stadtteils Karow erstmals zu einer öffentlichen Mieterversammlung, um gemeinsam über ein mögliches Vorgehen zu beraten und sich als Mieterinteressengemeinschaft zu etablieren. In Anwesenheit des tv.b diskutierten rund einhundert interessierte Einwohner über ihre zu hohen Betriebskosten.

Auf eine Anfrage an alle hiesigen Vermietungsgesellschaften bezüglich ihres jeweiligen durchschnittlichen Betriebskostenergebnisses hin, hätte bislang einzig die GESOBAU Auskunft erteilt. Entsprechende Reaktionen der Mitbewerber „Allod“, „Arwobau“ und „Optima“ stehen noch aus. „Ziel ist es, eine Übersicht aller Betriebskostenpositionen zu erarbeiten, um diese mit den tatsächlichen Abrechnungswerten zu vergleichen“, schreibt der Parlamentarier in einem offenen Brief. **Dazu fordert er alle Bürger auf, Kopien ihrer Abrechnungen an das SPD-Bürgerbüro zu senden.** Am 14.01.2009 werden die Ergebnisse auf einer öffentlichen Bürgerversammlung vorgestellt.

M E I N U N G

# Devise: sparsam

**S**teigende Rohstoffpreise, steigende Betriebskosten, steigender Frust. Auf Verlangen des Käufers oder Mieters, ist der Energiebedarfsausweis sofort vorzulegen. Sie können daraus erkennen, ob ihre Wohnung ein Energiefresser ist oder nicht. Dies schafft auch Anreize für Verkäufer und Vermieter. Denn wer will schon in eine Wohnung mit Energieeffizienzklasse D ziehen mit

Unmut macht sich breit: Wohin soll das noch führen? Würde man nach einer Lösung suchen, diese finden und auf eine prägnante Formel kürzen, hieße die Devise: Sparsam mit Energie

## kolumnegda.

In der Kolumne: „Gesichter der Abteilung“ berichten Abteilungsmitglieder. Diesmal: **Uwe Ganzel**

umgehen. Doch was tun, wenn alles Sparen nichts bringt, weil Wohnungen Energiefresser sind und das ohne unser Wissen. Wie auch? Der Gesetzgeber hat dieses Problem erkannt und in der Energieeinsparverordnung (EnEV) festgelegt, dass für jedes (Wohn-) Gebäude ein Energiebedarfsausweis ausgestellt werden muss. Dieser gibt den Energiebedarf für die Betreuung eines Gebäudes in kWh/m<sup>2</sup> an. Was für Kühlschränke, Waschmaschinen und Wäschetrockner die Klassen A, B, C und D sind, gilt nun auch für Gebäude. Die Pflicht für Eigentümer und Vermieter zur Feststellung des Energiebedarfs besteht für Gebäude der Baujahre bis 1965 ab dem 01.07.2008 und für alle anderen Gebäude ab dem 01.01.2009.

entsprechend hohen Betriebskosten. Sparklasse A ist (nach-) gefragt. Wenn nun die Nachfrage besteht, sollte dann nicht auch das Angebot nachziehen?

Vieles können Vermieter auf- und nachrüsten. Sei es der Einbau effizienter Heizungsanlagen, Systeme zur Wärmerückgewinnung, oder der berühmte Einsatz regenerativer Energien. Mit diesen Maßnahmen entlasten wir letztlich nicht nur den Geldbeutel durch Verringerung der Betriebskosten, sondern schützen auch unsere Umwelt.

Doch sparsame Gebäude sind nur die halbe Miete. Das individuelle Wohnverhalten ist von ebenso zentraler Bedeutung. Denn heute lautet die Devise: sparsam.

S E R V I C E

Kurzinfos aus dem Kiez und Bezirk für Sie zusammengefasst. Diesmal:

## Rufen Sie an!

Warum leuchten Straßenlaternen tagsüber? Und vor allem: Muss das sein? Nein! Wenn Sie sich diese Fragen stellen und etwas dagegen unternehmen möchten (Fa. Nuon):

**(030) - 40 90 22 20**

**(030) - 40 90 22 78**

Sollte Ihre Anfrage erfolglos bleiben, nehmen Sie bitte mit meinem Bürgerbüro Kontakt auf. Wir werden uns drum kümmern.

## Sie bei uns - Termine

**Diskussion mit Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky.**

18.11.2008, ab 19:00 Uhr „Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus Pankow“ (S+U-Bhf. Pankow), Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin

## SPD-Neujahrsempfang

09.01.2008, ab 18:00 Uhr Achillesstraße 31, Eingang gegenüber der Plaza